

Frankreich

„Rente mit 64? Wir sagen nein!“



„Mit 64 Jahren sind schon 1/4 der Arbeiter tot!“

Foto: <https://www.cgt.fr/actualites/france/retraite/mobilisation/une-journee-historique-pour-lancer-la-lutte-contre-la-reforme-des-retraites>

Inhaltsverzeichnis

19.Januar 2023 – Aktionstag mit Demonstrationen und Streiks.....	2
20.Januar 2023: Das Gewerkschaftsbündnis ruft zur Fortsetzung des Kampfes und zur Rücknahme des Projekts auf.....	4
Attac Frankreich Flyer: RENTEN - STOPPEN WIR EINE UNGERECHTFERTIGTE UND UNGERECHTE REFORM!.....	5
Attac Frankreich: Einleitung zu der Broschüre „les bobards“ (= die Lügenmärchen).....	6
Attac Frankreich "Renten: Weniger arbeiten, um besser zu leben!".....	7
Alternatiba Top 3 der ökologischen Gründe einer Mobilisierung gegen die Rentenreform.....	12
Sophie Binet, CGT "Diese Reform instrumentalisiert die Sache der Frauen".....	14
Weitere Dokumente: aktuelle Artikel in deutscher Sprache / frühere Veröffentlichungen in „Sand im Getriebe“.....	18

Zusammengestellt von Marie-Dominique Vernhes, 22.1.2023

19.Januar 2023 – Aktionstag mit Demonstrationen und Streiks: Fotos

<https://france.attac.org/actus-et-medias/images-militantes/article/retour-en-images-sur-la-manifestation-du-19-janvier>



<https://www.cgt.fr/actualites/retraite/mobilisation/outils-de-mobilisation-contre-la-reforme-des-retraites>

(Mindestlohn : 15 Euro/Stunde – Arbeitswoche von 32 Stunden – Rente mit 60 Jahren)



„Mit dieser Reform werden die Kanalarbeiter auf der Arbeit krepieren!
<https://reporterre.net/Reforme-des-retraites-sept-raisons-ecolos-de-s-y-opposer>



„Baut die AKWs ab, nicht die Renten!“

<https://reporterre.net/Ecologistes-nous-devons-combattre-la-reforme-des-retraites>

20. Januar 2023: Das Gewerkschaftsbündnis ruft zur Fortsetzung des Kampfes und zur Rücknahme des Projekts auf



Der Streik- und Demonstrationstag vom 19. Januar 2023 ist so mächtig gewesen wie die großen Kampftage seit Dezember 1995, Mai 2003 und Oktober 2010. Der Aktionstag war stärker als der 4. Dezember 2019 gegen Macrons gescheiterte erste Reform der punktbasierten Rente. Das gesamte Gewerkschaftsbündnis ruft dazu auf, den Kampf fortzusetzen, mit einem nationalen Aktionstag am 31. Januar und weiteren Mobilisierungen in Unternehmen und Branchen, insbesondere am 23. Januar, dem Tag, an dem der Entwurf im Ministerrat vorgestellt wird.

Starke Mobilisierung, die zum Rückzug zwingen sollte

Am 19. Januar haben überall im Land über zwei Millionen Beschäftigte sowie Jugendliche im öffentlichen wie im privaten Sektor gegen die Rentenreform der Regierung gestreikt und/oder demonstriert.

Diese Reform ist inakzeptabel und richtet sich gegen die Interessen der Bevölkerung. Sie täuscht sich nicht, denn noch bevor sie auf die Straße gingen, haben bereits mehr als 600 000 Menschen die gewerkschaftsübergreifende Petition unterzeichnet.

Die Beschäftigten streben danach, bei guter Gesundheit und mit einem Rentenniveau, das ein Leben in Würde ermöglicht, in den Ruhestand zu gehen. Die Botschaft ist ganz klar: Die Regierung muss sowohl auf das Renteneintrittsalter 64 als auch auf die beschleunigte Erhöhung der Beitragsdauer verzichten.

Es gibt andere Lösungen, die leider mit einem Handstreich vom Tisch gewischt wurden.

Alle Gewerkschaften bekräftigen ihre Ablehnung der Reform und ihre Entschlossenheit, ein ge-
Weitere Presseerklärungen von Gewerkschaften: <https://syndicollectif.fr/suite-au-19-janvier-communiqués-syndicaux/>

rechtes Rentensystem zu haben, das auch durch eine andere Verteilung des Wohlstands finanziert wird.

Um diese erste massive Mobilisierung zu stärken und dauerhaft zu verankern, rufen die Gewerkschaftsorganisationen bereits jetzt zu einem Tag des Streiks und der branchenübergreifenden Demonstration auf.

Die Gewerkschaften rufen die Bevölkerung zu einer massiven Unterzeichnung der Petition auf und zu einer Vervielfachung der Aktionen und Initiativen überall im Land, in den Betrieben und Dienststellen, an den Studienorten, auch durch Streiks, insbesondere um den 23. Januar herum, dem Tag, an dem das Gesetz im Ministerrat vorgestellt werden soll.

Sie rufen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Jugendlichen dazu auf, **Vollversammlungen** vorzubereiten, um über die Fortsetzung der Mobilisierung zu beraten.

Und während die Regierung die Gewerkschaften dazu aufruft, verantwortungsvoll zu handeln und das Land nicht zu blockieren, bekräftigen wir, dass sie allein für diese Situation verantwortlich ist und sein wird, da 9 von 10 Beschäftigten diese ungerechte und brutale Reform ablehnen.

Wir sind vereint und entschlossen, diese geplante Rentenreform zurückziehen zu lassen. Deshalb ruft das Gewerkschaftsbündnis zu einem weiteren **Aktionstag mit branchenübergreifenden Streiks und Demonstrationen am 31. Januar** auf. Das Gewerkschaftsbündnis wird sich am Abend desselben Tages treffen.

<https://syndicollectif.fr/lintersyndicale-appelle-a-continuer-la-lutte-et-au-retrait-du-projet/>

Attac Frankreich

Flyer: RENTEN - STOPPEN WIR EINE UNGERECHTFERTIGTE UND UNGERECHTE REFORM!

Die Regierung will die Verschiebung des gesetzlichen Rentenalters von 62 auf 64 Jahre mit einer Verlängerung der Beitragszeit auf 43 Jahre in einem beschleunigten Rhythmus von 3 Monaten pro Jahr durchsetzen, unter dem Vorwand, dass das Rentensystem in Zukunft aus dem Gleichgewicht geraten wird und dass wir länger leben.

Diese Reform ist ungerechtfertigt, da es keinen finanziellen Notstand gibt und das Rentensystem nicht in Gefahr ist, wie der Bericht des Conseil d'Orientation des Retraités (COR) deutlich zeigt. Außerdem hat sich die Lebenszeit im Ruhestand, auch wenn man etwas länger lebt, durch die Auswirkungen früherer Renten-"Reformen" bereits um ein Jahr verkürzt.

Diese Reform ist ungerecht, denn sie wird die unteren Bevölkerungsschichten, die eine geringere Lebenserwartung haben, früher zu arbeiten begonnen haben und Berufe mit nicht anerkannter Härte ausüben, mit voller Wucht treffen. Sie wird die Zeit der Prekarität für viele ältere Menschen verlängern, die Schwierigkeiten haben, vor ihrer Pensionierung eine neue Arbeit zu finden, und die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern verstärken. Sie wird zu einer weiteren Senkung der Renten führen.

Diese Reform ist undemokratisch, da Macron kein Mandat hat, sie durchzusetzen, denn während seiner Präsidentschaftskampagne 2022 waren drei Viertel der Franzosen (77 %) der Meinung, dass die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre aus seinem Programm gestrichen werden sollte... und Anfang Januar 2023 waren 80 % gegen die Rente mit 64 Jahren.

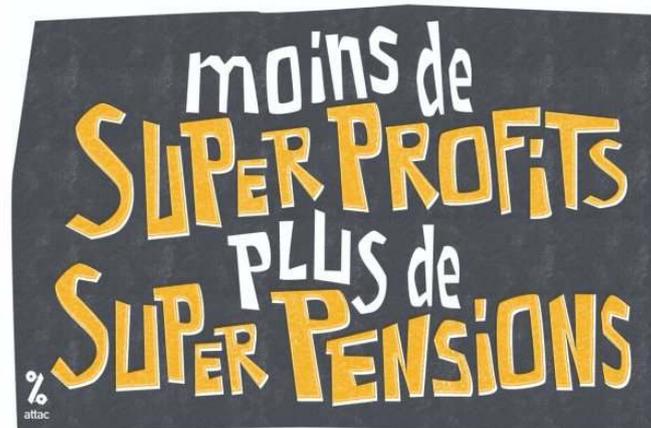
Diese Reform ist eine Entscheidung für Ungerechtigkeit und sozialen Rückschritt, da es keine finanzielle Notwendigkeit gibt. In Wirklichkeit wird bei den Renten gespart, um die Finanzierungslücke zu schließen, die durch die Steuergeschenke an die Reichsten entstanden ist!

Die Stärkung unseres Rentensystems setzt fortschrittliche Maßnahmen voraus: Erhöhung der Löhne, die durch die Inflation unter Druck geraten, kürzere Arbeitszeiten, eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen, eine bessere Berücksichtigung von Härtefällen und eine schrittweise Erhöhung der Beiträge.

Gemeinsam unterstützen wir ein anderes gesellschaftliches Projekt, das für Emanzipation, Gerechtigkeit und Solidarität steht:

Lasst uns alle kürzer arbeiten, um besser zu leben!

https://france.attac.org/IMG/pdf/tract_retraite_01_23_03.pdf



„Weniger Profite, mehr Superrenten“

Weitere Artikel: <https://france.attac.org/se-mobiliser/retraites-pour-le-droit-a-une-retraite-digne-et-heureuse/>

Attac Frankreich: Einleitung zu der Broschüre „les bobards“ (= die Lügenmärchen)

Ambroise Croizat, einer der Hauptakteure beim Aufbau des Systems der sozialen Sicherheit ab 1945, sagte bei der Libération: "Der Ruhestand darf nicht mehr das Vorzimmer des Todes sein, sondern eine neue Etappe des Lebens". Was uns Emmanuel Macron mit seiner neuen Rentenreform vorschlägt, ist, immer länger zu arbeiten, indem das gesetzliche Rentenalter angehoben wird (65 Jahre oder 64 Jahre mit einer beschleunigten Verlängerung der Beitragsjahre für eine abschlagsfreie Altersrente).

Der "neue Lebensabschnitt" rückt immer weiter in die Ferne, obwohl eine gerechtere Verteilung des Wohlstands es ermöglichen würde, die Löhne zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen und so ein Beitragsvolumen zu erzielen, das zum Gleichgewicht im Rentensystem beiträgt. Das Renteneintrittsalter zu erhöhen ist so nicht mehr notwendig!

Im Gegensatz zu dem mit den Reformen seit Ende der 1980er Jahre verkündeten Ziel, das Rentensystem finanziell im Gleichgewicht zu halten, sprengte die Reform, die Präsident Macron 2019 durchsetzen wollte, die Architektur des Systems (Berechnung der Renten nach den Jahresbeiträgen in den Grundsystemen, Pluralität der Rentensysteme, starke Verringerung der Solidarität usw.), indem sie auf eine universelle Rente nach Punkten umgestellt werden sollte.

Während seiner Kampagne 2017 sagte Emmanuel Macron "das Rentenproblem ist kein Finanzierungsproblem mehr", und zur Rechtfertigung der Reform wurden also die Argumente der Gerechtigkeit und der Transparenz vorgebracht. Der starke Widerstand gegen die daraus resultierenden Rentenkürzungen sowie die Corona-Pandemie haben dieser Reform den Garaus gemacht.

Im Jahr 2022 ist von Gerechtigkeit nicht mehr die Rede, um die geplante Anhebung des gesetzlichen Rentenalters zu rechtfertigen. Mehrere Argumente wurden abwechselnd von Emmanuel Macron und seiner Regierung vorgebracht. Zunächst wurde das Gespenst der finanziellen Gefährdung des Rentensystems benannt.

Zweitens wurde die Reform mit den Einsparungen gerechtfertigt, die zur Finanzierung anderer Projekte (Bildung, Gesundheit, Energiewende) oder zur Verbesserung der Renten, insbesondere der kleinen Renten, verwendet werden können.

Schließlich wurde das Argument "Wir haben nicht mehr die Mittel, um das Rentendefizit zu finanzieren" immer wieder hervorgeholt.

Die Weigerung der Regierung, die Beiträge oder Steuern zu erhöhen, zeigt deutlich, dass das Ziel der Reform nicht ein ausgeglichenes Rentensystem ist, sondern die Senkung der Renten und damit der Staatsausgaben.

Um die bittere Pille der Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters und/oder der beschleunigten Verlängerung der Beitragsdauer für eine Vollrente zu versüßen, wird eine bessere Berücksichtigung von Härtefällen und langen Erwerbstätigkeitszeiten sowie eine Geste zugunsten von Kleinrenten angekündigt, mit der die Mindestrente auf 1100 € für eine vollständige Erwerbstätigkeitszeit angehoben werden soll. Die Indexierung der Renten an die Inflation soll ebenfalls wieder aufgenommen werden.

Das Arbeitsgesetz Macron von 2017 schloss jedoch die Berücksichtigung von vier wichtigen Härtefaktoren (manuelle Handhabung von Lasten, anstrengende Körperhaltungen, mechanische Vibrationen und gefährliche chemische Arbeitsstoffe) aus. In Bezug auf Personen mit langen Erwerbstätigkeitszeit scheint es, dass das Renteneintrittsalter ebenfalls zurückgehen würde.

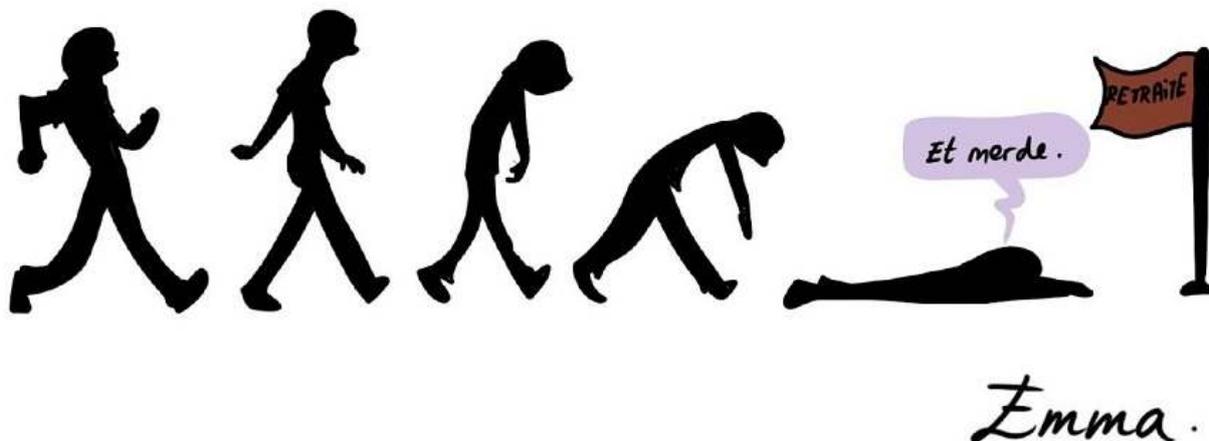
Was das Versprechen von 1100 € betrifft, so liegt es unter dem im Gesetz von 2003 für 2008 festgelegten Ziel einer Mindestrente von 85 % des SMIC-Nettoeinkommens (bei vollständiger Erwerbstätigkeitszeit), d. h. 1129,7 € im Jahr 2022! Minister Dussopt muss dies bemerkt haben, denn er spricht nun davon, "über 1100 € hinauszugehen"! Darüber hinaus betrifft diese Ankündigung weder die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner noch die kleinsten Renten, die aus unvollständigen Erwerbstätigkeitszeiten resultieren und zu denen in erster Linie Frauen gehören.

Was ist das Versprechen wert, die Renten wieder an die Inflation anzupassen, wenn die Rentenerhöhung im Juli 2022 unter der Preissteigerung liegt? Diese Versprechungen sind daher irreführend. Darüber hinaus ist die Abschaffung der Sonderregelungen immer noch im Visier.

Da 70 % der Franzosen gegen die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters sind, versuchen Macron und seine Regierung, die Reform mit Lügengeschichten durchzusetzen.

Attac Frankreich

"Renten: Weniger arbeiten, um besser zu leben!"



Montag, 21. November 2022

Einleitung

Die Verschiebung des Renteneintritts auf 64 oder 65 Jahre wäre ein großer Rückschritt für unsere Rechte. Um alles über die Gefahren der von der Regierung angekündigten Rentenreform und mögliche Alternativen zu verstehen, veröffentlicht Attac eine 4-seitige Analyse "Renten: Weniger lange arbeiten, um besser zu leben!"

Das 1945 geschaffene umlagefinanzierte Rentensystem war ein großer sozialer Fortschritt, da es die Solidarität zwischen den Generationen bekräftigte und es den Menschen nach ihrem Berufsleben ermöglichte, schrittweise aus der Armut herauszukommen. Im Vergleich zu anderen Ländern bietet unser System mehr Schutz, da es den Rentnern im Durchschnitt einen Lebensstandard sichert, der dem der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht.

Aber seit Jahren arbeiten die aufeinanderfolgenden Regierungen akribisch daran, unser Rentensystem zu zerschlagen: Rentenkürzungen, Abbau der umlagefinanzierten Alterssicherung und Förderung privater Alternativen, d. h. des kapitalgedeckten Systems. Um dies zu erreichen, spielen sie die Karte der Dramatisierung des Defizits im Tonfall der angekündigten Katastrophe. No alternative! Man müsste die Renten senken... um sie zu retten!

Die Defizite bedrohen jedoch keineswegs den Fortbestand des Systems, und sie sind auch nicht auf eine Ausgabenerhöhung zurückzuführen (Teil 1).

Heute versucht die Regierung von Emmanuel Macron, die finanzielle Notlage zu instrumentalisieren, um eine ungerechte Entscheidung zu rechtfertigen: die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre (Teil 2).

Eine solche Maßnahme würde zu den Wirkungen früherer Reformen, die das Rentensystem verschlechtert haben, noch hinzukommen (Teil 3).

Es gibt jedoch andere Optionen, um gerechte und nachhaltige Renten zu gewährleisten! (Teil 4)

Die falschen Begründungen für das Reformvorhaben der Regierung

Die finanzielle Notlage ist das erste Schockargument von Emmanuel Macron, um seine Rentenreform durchzusetzen. Um das finanziell unausgeglichene umlagefinanzierte System zu retten, müsse das gesetzliche Rentenalter bis 2031 auf 65 Jahre (vier Monate pro Jahr ab 2023) oder sogar auf 64 Jahre mit beschleunigter Verlängerung der Beitragsdauer angehoben werden. (1)

Dieses Argument wird durch den Bericht 2022 des hochhoffiziellen Conseil d'Orientation des Retraites (COR) widerlegt: Der Anteil der Rentenausgaben am BIP wäre nicht nur bis 2070 stabil oder rückläufig, sondern der Saldo des Rentensystems würde bis 2032 ein minimales Defizit aufweisen (0,5 bis 0,8 BIP-Punkte). Zumal die Gesamtreserven des Rentensystems in der Lage sind, diesen konjunkturellen Finanzierungsbedarf zu decken: Sie belaufen sich auf 8,3 % des BIP. Es besteht also kein finanzieller Notstand!

Die Regierung erklärt außerdem, dass das Ziel der Rentenreform darin besteht, andere Investitionen (Bildung, Gesundheit, Klima...) zu finanzieren. Die einzige Lösung, um Haushaltsmittel freizusetzen, wäre demnach, länger zu arbeiten. Die Einsparungen würden sich bis 2027 auf etwa 9 Mrd. € belaufen (2032 auf fast 20 Mrd. €).

Diese Aussagen sind irreführend: Sie vermischen die Finanzierung des Sozialschutzes, die durch Beiträge gewährleistet wird, mit der Finanzierung der öffentlichen Politik, die durch Steuern gewährleistet wird. Die Übernahme der Zukunftsausgaben kann nicht durch Kürzungen im Sozialschutz erfolgen, sondern indem die Reichsten und Krisengewinnler zur Kasse gebeten werden (Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung der Flat Tax, Besteuerung von Superprofiten, Bekämpfung der Steuerflucht usw.) und indem die Steuerprogression verstärkt wird.

Die Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre wird außerdem zu weiteren Sozialausgaben führen (Arbeitslosengeld, Invaliditäts- oder Krankengeld, soziale Mindestsicherung), wodurch die durch die Reform erzielten "Einsparungen" geschmälert werden. Der magere Haushaltsspielraum, der dadurch frei wird, wird nicht einmal zur Finanzierung von Großprojekten ausreichen!

Was die von der Regierung angeführte Idee betrifft, Mittel freizusetzen, um die Mindestrente von 1200 € bei einer vollständigen Beitragszahlung zu finanzieren und die Benachteiligung besser zu berücksichtigen, so ist auch diese Idee irreführend. Bereits im Rentengesetz von 2003 wurde in Artikel 4 das Ziel festgelegt, bis 2008 eine Mindestrente in Höhe von 85 % des Mindestlohns (SMIC) (bei voller Berufslaufbahn) zu gewährleisten; dies entspricht 1129,7 € im Jahr 2022. Da dieses Ziel nie erreicht wurde, was

ist das Versprechen von 1100 € wert, das unter dem 2003 festgelegten Ziel liegt?

Darüber hinaus wird diese Ankündigung weder die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner noch die "kleinen Renten", d. h. die kleinsten unter ihnen, betreffen. Diese sind das Produkt unvollständiger Beitragsjahre und betreffen hauptsächlich Frauen. Im Zusammenhang mit dem Thema Benachteiligung sei daran erinnert, dass das Macron-Arbeitsgesetz von 2017 die Berücksichtigung von vier wichtigen Benachteiligungsfaktoren (manuelle Handhabung von Lasten, anstrengende Körperhaltungen, mechanische Vibrationen und gefährliche chemische Arbeitsstoffe) ausgeschlossen hat.

Diese Scheinbegründungen verschleiern die politischen Zielsetzungen der Reform: Senkung der öffentlichen Ausgaben, um die Europäische Kommission zu beruhigen, und Ausbau der kapitalgedeckten Zusatzrenten für die Haushalte, die es sich leisten können, durch starke Rentenkürzungen.

Die Rente mit 65 ist ein Rückschritt

"Da man länger lebt, muss man länger arbeiten", wiederholt Emmanuel Macron, um das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Sein Argument ist jedoch unbegründet und ungerecht.

Ungerecht, weil die Rente mit 65 die unteren Bevölkerungsschichten besonders hart trifft: Die Lebenserwartung der ärmsten 5 % liegt bei Männern 13 Jahre und bei Frauen 8 Jahre unter der der wohlhabendsten 5 %. Und mit 65 Jahren sind 23 % der Ärmsten bereits gestorben (Männer: 30 %), während es bei den Reichsten nur 5 % sind.

Ältere Menschen werden dazu angehalten, "mehr zu arbeiten", während die Unternehmen sich ihrer entledigen. Die Reform wird die Zeit der Prekarität verlängern, da viele Senioren in der Zeit zwischen dem Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt und der Rente bereits zwischen Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit wechseln. So waren 32 % der 1950 Geborenen im Jahr vor ihrer Pensionierung nicht mehr erwerbstätig. Es besteht die Gefahr, dass ältere Menschen länger und häufiger arbeitslos sind, während die Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose, Jugendliche und Frauen eingeschränkt werden.

Außerdem lebt man im Ruhestand nicht länger: Die Lebenserwartung im Ruhestand ist bereits zwischen der Generation 1950 und der 1953 infolge früherer Reformen um ein Jahr gesunken (von 25,8 auf 24,8 Jahre). Die Gewinne bei der Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren verlangsamten sich mit einem Anstieg seit 2014 von nur 0,2 Jahren pro Jahrzehnt für Frauen und 0,6 Jahren für Männer gegenüber 1,5 bis 2 Jahren pro Jahrzehnt davor. Diese Gewinne sollten zwischen der Verlängerung des Arbeitslebens und der Verlängerung des Ruhestands aufgeteilt werden.

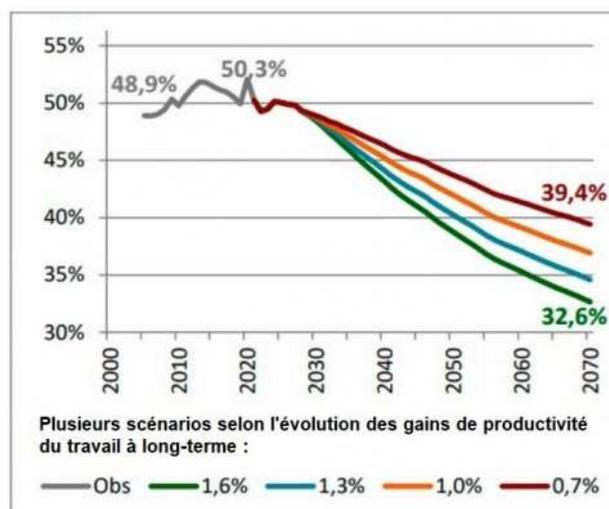
Die sinkende Dauer der Erwerbstätigkeitszeiten ist ebenfalls eine beunruhigende Feststellung (40,5 Jahre für die Generation 1955; für die Generation 2000 werden es schätzungsweise 38 Jahre). Das gesetzte Ziel einer Vollrente rückt mit der Verlängerung der Beitragszeit in weite Ferne (41,5 Jahre für die Generation 1955; 43 Jahre für die Generation 1973). Die Renten werden noch stärker sinken (anteiliger Anteil der Arbeitsjahre, Abschläge). Und die Verarmung der Rentnerinnen und Rentner wird sich beschleunigen.

Die Argumente der Regierung sind alles andere als überzeugend: Immer mehr zu arbeiten ist eine gesellschaftliche Entscheidung, die 70 % der Franzosen nicht teilen, wie eine Umfrage des Instituts Elabe im September ergab.

Die Ablehnung der Reform bedeutet nicht, das derzeitige System beizubehalten.

Das Regierungsprojekt abzulehnen bedeutet nicht, den Status quo zu verteidigen: Seit 1993 haben die aufeinanderfolgenden Reformen das System ständig verschlechtert und den relativen Lebensstandard der Rentner langfristig auf das Niveau der 80er Jahre gebracht.

In Anbetracht der bereits eingeleiteten Reformen wird der relative Lebensstandard der Rentnerinnen und Rentner in den nächsten Jahrzehnten im Durchschnitt stark sinken. Ebenso wie der Berechnungsfaktor und die Renten relativ zu den Erwerbseinkommen. Die durchschnittlichen Renten sind sogar schon seit 2015 aufgrund von Aufwertungen unterhalb der Inflationsrate gesunken. Die folgende Grafik ist selbsterklärend:



Pension moyenne de l'ensemble des retraités, relative au revenu d'activité moyen (en % du revenu d'activité moyen brut).

Sources : projections COR, comptes nationaux de l'INSEE-Septembre 2022 et DREES, modèle ANCETRE 2020

Zwischen 2018 und 2019 war die Armut für Rentnerinnen und Rentner bereits um 0,8 Punkte gestiegen. Dieser Anstieg wird vor allem durch den Anstieg der Armutsquote alleinstehender Personen ab 65 Jahren getragen, die zwischen 2018 und 2019 von 14,3 % auf 15,9 % gestiegen ist und bei Frauen sogar 16,5 % erreicht. Jede/r zehnte Rentner/in hat einen Lebensstandard unterhalb der Armutsgrenze.

Außerdem werden die erheblichen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern nur zu langsam abgebaut: 2020 beträgt die durchschnittliche eigene Rente (d. h. ohne Witwenrente) aller Rentnerinnen nur 59,8 % der Rente der Männer. Ein Grund dafür ist, dass Frauen häufiger Teilzeit arbeiten als Männer: Bei der Berechnung der Rente werden kurze Erwerbstätigkeitszeiten und Teilzeitzeiten stärker bestraft. Aber selbst wenn man nur die vollständigen Erwerbstätigkeitszeiten berücksichtigt, beträgt die Rente der Frauen nur 73,5 % der Rente der Männer.

Generell ist die Verarmung der Rentner und zukünftigen Rentner auf eine politische Entscheidung zurückzuführen: die Deckelung des Anteils der Rentenausgaben auf etwa 14 % des BIP, was auf eine besessene Zielsetzung der Senkung der Staatsausgaben zurückzuführen ist.

Während der Anteil der Rentnerinnen und Rentner an der Bevölkerung wächst, bedeutet die Weigerung, den Anteil des erwirtschafteten Reichtums, der ihnen zusteht, zu erhöhen, ihre Verarmung zu programmieren.

ren. Das nehmen die Projektionen vorweg und es muss revidiert werden.

Verbesserung des Rentensystems

Um die Verarmung der Rentnerinnen und Rentner zu bekämpfen und das derzeitige umlagefinanzierte Rentensystem gerechter zu gestalten, sind andere Ausrichtungen möglich. Dazu gehören in erster Linie Maßnahmen, die den sozialen Fortschritt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern:

Um das Beitragsvolumen für die Rentenkassen zu erhöhen, müssen dringend die durch die Inflation geschädigten Löhne und Gehälter angehoben werden und nicht die Verteilung von Prämien ohne damit verbundene soziale Rechte, die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern muss hergestellt werden und die von Frauen dominierten Berufe müssen aufgewertet werden. Dies ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, da sich die Aufteilung der Wertschöpfung zwischen Löhnen und Profiten seit den 1980er Jahren zugunsten der Profite verzerrt hat. Diese Tendenz umzukehren würde es ermöglichen, das umlagefinanzierte Rentensystem besser zu erhalten.

Es stellt sich die Frage nach einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer Rückkehr zum Rentenalter mit 60, um weniger und besser zu arbeiten, damit alle arbeiten können. Der Klimawandel und die Schädigungen des Planeten machen es in der Tat erforderlich, die Art und den Umfang der Produktion zu überdenken. Die Verkürzung der Arbeitszeit war lange Zeit ein Kennzeichen des sozialen Fortschritts. Sie würde eine Aufteilung der häuslichen und elterlichen Pflichten innerhalb eines Paares ermöglichen, damit Frauen eine gleichberechtigte Karriere verfolgen können. Fortschritt bedeutet auch, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neue Rechte erhalten, um an der Festlegung und Neuausrichtung der Produktion und an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken.

Eine stärkere Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben würde Ressourcen für das Rentensystem freisetzen. Es gibt viel Spielraum für Verbesserungen: Frankreich steht bei der Beschäftigungsquote von Frauen an 20. Stelle von 38 OECD-Ländern. Um Frauen nach einer Geburt im Beruf zu halten, müssen

erschwingliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten ausgebaut, die Aufteilung des Elternurlaubs zur Pflicht gemacht und der Vaterschaftsurlaub verlängert werden.

Ein gerechteres Rentensystem setzt auch Änderungen bei der Rentenberechnung und den Beiträgen voraus:

Es ist an der Zeit, den Hebel der Erhöhung der Rentenbeiträge zu aktivieren, um das Rentensystem auszugleichen. Für die nächsten 25 Jahre würde eine Erhöhung des Beitragssatzes zwischen 0,2 Prozentpunkten und 1,7 Prozentpunkten ausreichen. Sie könnte größtenteils von den Arbeitgebern übernommen werden und Teil einer Lohnerhöhung sein. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Ausweitung der Beitragsbemessungsgrundlage auf ausgeschüttete Gewinne.

Um den Anstieg der Armut unter Rentnerinnen und Rentnern einzudämmen, muss bei der Berechnung der Renten der Schwerpunkt auf die unterschiedlichen Situationen gelegt werden, indem lange Erwerbstätigkeitszeiten, Härtefälle, Teilzeitarbeit und Studienjahre besser berücksichtigt werden. Die Renten sollten außerdem an den höheren Wert zwischen Inflation und Durchschnittslohn gekoppelt werden.

Schlussfolgerung

Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters ist keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung der Regierung: die Entscheidung für Ungerechtigkeit! Eine Verbesserung des Rentensystems ist nicht nur wünschenswert, sondern auch finanziell möglich. Dies setzt eine gerechtere Verteilung des Wohlstands voraus. Es ist eine gesellschaftliche Entscheidung: Ein öffentliches Rentensystem zu stärken, bedeutet, dem Imperativ der Rentabilität und des Individualismus den Imperativ der Emanzipation, der Gerechtigkeit und der Solidarität entgegenzusetzen!

Machen wir mobil gegen die Macron-Rentenreform!

<https://france.attac.org/nos-publications/notes-et-rapports/article/retraites-travailler-moins-longtemps-pour-vivre-mieux-4-pages-d-attac>

(1) *Anm. d. Üb.: inzwischen sieht die Reform eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre, die Grundzüge der Reform sind jedoch unverändert geblieben*



Alternatiba

Top 3 der ökologischen Gründe einer Mobilisierung gegen die Rentenreform

Die von der Regierung vorgelegte Rentenreform verstärkt nicht nur die Zunahme sozialer Ungleichheiten, sondern ist auch ein klimaschädliches Projekt und steht im Widerspruch zum Gang der Geschichte. Wir fordern ihre Rücknahme und rufen dazu auf, sich massiv der allgemeinen Mobilisierung am Donnerstag, den 19. Januar und allen folgenden Tagen anzuschließen!

Hier sind die Top 3 der ökologischen Gründe, warum Sie mit uns auf die Straße gehen sollten!

1. Diese Reform folgt einer produktivistischen Logik, die uns in eine Sackgasse führt.

Die Erhöhung der Arbeitszeit, die diese Reform erzwingt, wird mechanisch zu einer Steigerung der Produktion führen. Mehr zu produzieren bedeutet, die natürlichen Ressourcen und die Ökosysteme im Allgemeinen noch stärker auszubeuten, und das widerspricht dem, was die Wissenschaftler des IPCC empfehlen!

Vor dem Hintergrund der Klimakrise ist es absolut dringend und notwendig, eine globale Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern und unser Verhältnis zur Arbeit generell zu überdenken.

<https://et-si.alternatiba.eu/travailler/>

2. Diese Reform schwächt schwächere Bevölkerungsgruppen noch mehr.

Eine Verlängerung der Arbeitszeit durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters bedeutet eine Verkürzung der Lebenserwartung bei guter Gesundheit. Mit 65 Jahren sind 23 % der Ärmsten bereits tot!

https://64anscestnon.org/IMG/pdf/4_pages_retraite_11_22_v5.pdf

Und im Gegensatz zu dem, was uns die Regierung glauben machen will, besteht auch die Gefahr, dass diese Reform zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit für Menschen am Ende ihres Berufslebens führt und sie für weitere Jahre in eine Abwärtsspirale des verzweifelten Wartens auf die Rente verstrickt.

Angesichts der Auswirkungen des Klimawandels sind nicht alle Menschen gleich. Gerade ältere Menschen gehören zu den am stärksten gefährdeten Gruppen. Anstatt den schwächeren Menschen dabei zu helfen, sich an die aktuelle Klimakrise anzupassen, wird die Reform sie noch mehr gefährden und ihre Fähigkeit, mit der Krise umzugehen, weiter einschränken.

https://notreaffaireatous.org/wp-content/uploads/2020/12/InegalitesClimatiques_rapport.pdf

3. Diese Reform fördert die kapitalgedeckte Altersvorsorge.

Durch die Schwächung der künftigen Renten wird diese Reform die Reichsten dazu ermutigen, individuelle Zusatzrenten aufzubauen, um ihre Renten aus der umlagefinanzierten Rente zu ergänzen. Diese Art der kapitalgedeckten Altersvorsorge erfolgt hauptsächlich durch Immobilien- oder Finanzanlagen, die sehr oft bei großen multinationalen Banken oder privaten Pensionskassen getätigt werden, die massiv die fossile Energieindustrie und die umweltschädlichsten Projekte auf der ganzen Welt finanzieren.

<https://www.amisdelaterre.org/campagne/stop-finance-fossile/>

Anstatt es also weiter zu zerschlagen, ist es zwingend notwendig, das Rentensystem zu konsolidieren, um den Rückgriff auf private Ansparverfahren und die Finanzierung fossiler Energien einzuschränken.

Wenn der Wille der Regierung darin besteht, Einsparungen vorzunehmen, um unsere Fähigkeiten zur Widerstandsfähigkeit und Anpassung an ökologische Krisen zu finanzieren, hat der Bürgerkonvent für das Klima <https://propositions.conventioncitoyennepourleclimat.fr/> bereits starke Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit vorgeschlagen (Einführung von Steuern auf bestimmte umweltschädliche Produkte, hier <https://propositions.conventioncitoyennepourleclimat.fr/objectif/limiter-les-effets-nefastes-du-transport-aerien/> oder hier <https://propositions.conventioncitoyennepourleclimat.fr/se-nourrir-2/> , oder eine ihren Gewinnen entsprechende Beteiligung der Unternehmen an den kollektiven Anstrengungen), um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. <https://propositions.conventioncitoyennepourleclimat.fr/objectif/organiser-et-soutenir-le-financement-de-la-transformation-de-loutil-de-production-des-entreprises-dans-le-cadre-de-la-transition-ecologique/>

Aus all diesen Gründen lehnen wir diese Reform entschieden ab und fordern, dass sie ohne Zugeständnisse schlicht und einfach abgeschafft wird. Wir rufen dazu auf, sich an der allgemeinen Mobilisierung am Donnerstag, den 19. Januar, sowie an allen folgenden Tagen zu beteiligen. Gehen wir alle gegen diese ungerechte und klimaschädliche Reform auf die Straße!

Weitere klimapolitische Argumente gegen diese Reform können Sie auch in diesen beiden Texten nachlesen, die auf Reporterre veröffentlicht wurden (hier <https://reporterre.net/La-reforme-des-retraites-un-non-sens-ecologique> oder hier <https://reporterre.net/Ecologistes-nous-devons-combattre-la-reforme-des-retraites>).
<https://alternatiba.eu/top-3-des-raisons-ecolos-de-se-mobiliser-contre-la-reforme-des-retraites/>

Sophie Binet, CGT "Diese Reform instrumentalisiert die Sache der Frauen"

Seit der Vorstellung ihres Rentenreformprojekts behauptet die Regierung, dass es für Frauen von großem Nutzen wäre. Sophie Binet, eine führende Vertreterin des Gewerkschaftsbundes CGT und Leiterin des Kollektivs "Femmes-Mixité" innerhalb des Gewerkschaftsbundes, wies diese Argumentation Punkt für Punkt zurück.

Pierre Jequier-Zalc - 18. Januar 2023

<https://www.politis.fr/articles/2023/01/retraites-cette-reforme-instrumentalise-la-cause-des-femmes/>

Die Frauen. Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der geplanten Rentenreform am 10. Januar hämmerte Élisabeth Borne diese Worte viermal ein. Immer mit demselben Ziel: die Idee zu unterstützen, dass ihr Projekt den Frauen zugute kommen wird, die im Durchschnitt immer noch weitaus niedrigere Renten als Männer beziehen. Für Politis dekonstruiert Sophie Binet diese Argumentation und zeigt Wege auf, wie eine - diesmal wirklich - feministische Rentenreform aussehen könnte.

Heute sind die Rentenunterschiede zwischen Frauen und Männern immer noch sehr groß: 40 % bei den eigenen Renten und 28 %, wenn man die Witwen- und Witwerrenten mit einbezieht. Wie lässt sich ein solches Gefälle erklären?

Es ist das Ergebnis eines Zusammenwirkens mehrerer Faktoren. Natürlich die Lohnungleichheit. Die Berechnung des Rentenbetrags erfolgt auf der Grundlage der Beitragsdauer und des eingezahlten Betrags. Frauen zahlen jedoch einen geringeren Betrag ein als Männer, da sie im Durchschnitt 28 % weniger verdienen.

Ihre Erwerbstätigkeitszeiten sind auch kürzer, weshalb sich die Rentenreform der Regierung negativ auf sie auswirken wird. Denn alle Reformen, die auf eine Verlängerung der Arbeitszeiten hinauslaufen, benachteiligen Frauen, da sie häufiger unvollständige Erwerbstätigkeitszeiten haben. Heute gehen 40 % der Frauen mit einer unvollständigen Anrechnungszeit in den Ruhestand.

Die Regierung versichert, dass sich diese Kluft verringern wird, insbesondere dank der Erhöhung des Mindestbeitrags um 100 Euro...

Diese Erhöhung wird nur einen winzigen Teil des Problems lösen. Es sei daran erinnert, dass die Erhöhung des Mindestbeitrags seit 2003 gesetzlich vorgesehen ist... ohne umgesetzt zu werden. Ich möchte hinzufügen, dass 1 200 Euro brutto nur 100 Euro über der Armutsgrenze liegen. Dieser Betrag ist an einer vollständigen Erwerbstätigkeitszeit gekoppelt. Und von den Rentnern, die weniger als 1 000 Euro Rente beziehen, erfüllen 83 % diese Bedingungen nicht, vor allem Frauen. Der Nutzen dieser Maßnahme ist für die Rentner:innen also marginal.

Gehen deshalb viele Frauen erst mit 67 Jahren und dem Alter, in dem der Abschlag aufgehoben wird, in Rente?

Genau. Dies ist bei 20 % der Frauen der Fall. Das ist das Schlimme am Diskurs der Regierung: Man sollte sich darüber freuen, dass Frauen mit 67 Jahren in Rente gehen. Elisabeth Borne sagt uns hinter vorgehaltener Hand, dass die Regierung dieses Alter auf 69 oder 70 Jahre hätte verschieben können... Toll, und warum nicht 80 Jahre?

Es ist ein Rückschritt, dass heute 20 Prozent der Frauen gezwungen sind, bis 67 zu arbeiten, weil sie keine vollständige Erwerbstätigkeitszeit vorweisen können. Die Zahl der Frauen, die bis 67 warten müssen, wird sogar noch steigen, da auch die Zahl der geforderten Beitragsjahre schneller steigt als erwartet. Das ist nicht einmal ein Status quo, sondern eine Verschlechterung.

Élisabeth Borne hat angekündigt, dass Elternzeit künftig für lange Anrechnungszeiten berücksichtigt wird. Ist das nicht ein sozialer Fortschritt?

Das ist wirklich: "Ich gebe mit der einen Hand, was ich mit der anderen wieder nehme". Elternurlaub

wird für lange Erwerbstätigkeitszeiten bis zu vier Quartalen, also einem Jahr, berücksichtigt. Das ist aber genau das, was die neue Regelung an geforderten Jahren hinzufügt. Darüber hinaus wird das gesetzliche Rentenalter für diese Regelung um zwei Jahre angehoben. Nein, das ist wirklich kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt für lange Erwerbstätigkeitszeiten.

Auf ihrer Pressekonferenz betonte die Premierministerin mehrmals, dass die geplante Rentenreform der Regierung für Frauen von Vorteil sein würde. Wie haben Sie diese Argumentation aufgenommen?

Das ist eine Instrumentalisierung der Sache der Frauen. Da die feministischen Kämpfe große Fortschritte gemacht haben - und das ist gut so -, gibt es eine zunehmende Tendenz zum "Feminismus-Washing", bei dem man glauben machen will, dass Maßnahmen, die entweder neutral oder schädlich für Frauen sind, in Wirklichkeit für sie vorteilhaft sind. Das ist nicht neu.

Bereits bei der vorangegangenen Rentenreform 2019 war Édouard Philippe auf sehr provokante Weise so vorgegangen: Er hatte erklärt, dass Frauen die großen Gewinner seiner Reform sein würden - was völlig falsch war - dies wurde damals ausführlich belegt.

Diese Provokation war ein weiterer Motor für die Mobilisierung gewesen. Sie hatte die Rosies-Bewegung sowie den feministischen Streik am 8. März 2020 ins Leben gerufen, der als "Mobilisierung der großen Gewinnerinnen" bezeichnet wurde, um die Regierung bei ihrem eigenen Spiel zu erwischen. Dies hatte der Mobilisierung eine sehr feministische Dimension verliehen.

Sind Frauen die großen Verliererinnen dieser Reform?

Es geht nicht darum, einen Wettbewerb der am stärksten Benachteiligten zu veranstalten, sondern zu sagen, dass diese Reform die Ungleichheiten in keiner Weise korrigiert, weder bei den Löhnen noch bei den Renten. Und dass sie die Situation der Frauen verschlechtern wird. Die Zahlen sind eindeutig: Von den 1950 geborenen Rentnerinnen und Rentnern war ein Drittel im Jahr vor ihrer Rente nicht mehr erwerbstätig - das gilt für 37 % der Frauen und 28 % der Männer.

Zwischen 55 und 65 Jahren hat man häufig pflegebedürftige Eltern. Frauen, auf die diese Last am häufigsten fällt, wissen, dass sie, wenn sie nicht in Rente gehen, gezwungen sind, ihre Aktivität einzuschränken, um damit fertig zu werden.

Um dies zu korrigieren, hat die Regierung die Einführung eines "Seniorenindex" nach dem Vorbild des 2018 eingeführten Index für berufliche Gleichstellung angekündigt, der die Unternehmen dazu verpflichtet, diesen Indikator für das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern in ihren Reihen zu veröffentlichen.

Kann man mit einigen Jahren Abstand sagen, dass dieses Instrument wirksam ist?

Die Bilanz des Index für berufliche Gleichstellung ist katastrophal. Er hat keine Veränderung des Lohngefälles bewirkt, das immer noch bei 28 % liegt. Dieser Indikator wurde maßgeschneidert, damit die Unternehmen fast vollständig den Sanktionen entgehen: 92 % von ihnen weisen mehr als 75 von 100 Punkten auf. Ich möchte noch hinzufügen, dass diese Problematik der älteren Arbeitnehmer mit der Problematik der besonderen Belastungen am Arbeitsplatz verwoben ist...

Die Regierung hat angekündigt, dass sie bei einigen Kriterien der besonderen Belastungen am Arbeitsplatz, die 2017 mit dem Amtsantritt von Emmanuel Macron zurückgenommen wurden, einige Änderungen vornehmen wird. Geht dies in die richtige Richtung?

Das ist sehr unklar. Keines der 2017 herausgenommenen Kriterien (anstrengende Körperhaltungen, Tragen schwerer Lasten, mechanische Vibrationen und chemische Risiken) wurde wieder in das persönliche Präventionskonto (C2P) aufgenommen. Für einige dieser Kriterien wird auf Branchenverhandlungen verwiesen. In seiner jetzigen Form ändert das Gesetz jedoch nichts an den vier Kriterien, die damals herausgenommen worden waren, und nur die sehr hohen Gefährdungen werden berücksichtigt. Das Ergebnis: Der C2P kommt nur sehr wenigen Personen zugute, in Höhe von nur einigen Tausend Frühverrentungen. Und nur 25 % der Begünstigten sind Frauen.

Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür?

Die gewählten Kriterien diskriminieren Frauen indirekt, da sie einen Teil der Beschwerlichkeit von frauendominierten Berufen verschweigen, wie z. B. das kumulative Tragen schwerer Lasten. Die mit der Arbeit mit Menschen verbundene Erschwernis wird heruntergespielt: Wenn es darum geht, Menschen zu tragen oder ständig im Lärm von Kindern zu arbeiten, werden diese Erschwernisfaktoren nicht auf derselben Ebene berücksichtigt wie das Tragen von Materialien oder der Lärm von Maschinen.

Ein Teil der Beschwerlichkeit von frauendominierten Berufen beruht im Übrigen auf emotionalen Belastungen. Frauenberufe haben sehr häufig mit der Öffentlichkeit zu tun, mit leidenden Nutzern, z. B. im Bereich der Pflege und der menschlichen Beziehungen. Eine Krankenschwester hat eine um sieben Jahre geringere Lebenserwartung als der Rest der Frauen. Seit etwa zehn Jahren ist ein relativer Rückgang der Arbeitsunfälle im Industriesektor zu verzeichnen, weil die Kämpfe es ermöglicht haben, die Prävention von Erschwernissen in diesen Sektoren teilweise zu verbessern. Im Gegensatz dazu explodieren die Arbeitsunfälle in den feminisierten Sektoren, insbesondere in den personenbezogenen Dienstleistungen. Und diese Explosion bleibt völlig außerhalb des Raders.

Welche wirksamen Maßnahmen würden es Ihrer Meinung nach ermöglichen, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern im Hinblick auf die Rente konkret zu verringern?

Das erste Ziel, die Grundlage von allem, ist die Lohngleichheit. Die berufliche Gleichstellung würde die Ungleichheit bei der Rente verringern. Ein weiterer Vorteil ist, dass dadurch etwa 40 Jahre lang jährlich etwa 6 Milliarden an zusätzlichen Rentenbeiträgen freigesetzt würden. Das ist genau der Zeitraum, für den uns die Regierung eine finanzielle Katastrophe ankündigt. Lohngleichheit herzustellen ist einfach: Man muss nur die Unternehmen bestrafen, die diskriminieren.

Das zweite Ziel ist die Bekämpfung von Teilzeitarbeit. 2014 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Teilzeitarbeit mit weniger als 24 Stunden verbietet, aber es ist aufgrund der vielen Ausnahmeregelungen überhaupt nicht wirksam. Es muss ein abschreckendes System von Zusatzbeiträgen für alle Teilzeitbeschäftigungen eingeführt werden, das Geld in die Kassen spült und den Frauen auf diesen Stellen den Zugang

zu sozialen Rechten (Arbeitslosigkeit, Rente...) auf Vollzeitbasis ermöglicht.

Außerdem müssen Frauenberufe, die bei gleichwertiger Qualifikation schlechter bezahlt werden, aufgewertet werden. Um dies zu erreichen, ist die öffentliche Hand nicht hilflos: Viele dieser Arbeitsplätze befinden sich in ihrem Bereich, ein Großteil im öffentlichen Dienst, ein anderer in der Privatwirtschaft, aber mit Unternehmen - z. B. privaten Pflegeheimen -, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Der Staat verfügt über direkte Handlungshebel. Es ist falsch zu sagen, dass der Staat nichts tun kann und dass es allein Sache der sozialen Akteure ist, die Frage zu regeln.

Was ist mit der Frage der Zeit und der Arbeitszeit?

Die Zeit von Frauen ist nicht die gleiche wie die Zeit von Männern. Frauen übernehmen immer noch 80 % der Hausarbeit, und das spielt auf allen Ebenen eine Rolle: bei Teilzeitarbeit ebenso wie bei Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn, um ein Kind zu bekommen oder sich um eine pflegebedürftige ältere Person zu kümmern. Wir sagen, dass eine feministische Politik nicht darin besteht, die berufliche Laufbahn von Frauen an die von Männern anzugleichen. Schon jetzt ist die erforderliche Erwerbstätigkeitsdauer für letztere manchmal unerreichbar: 32 % gehen mit einer unvollständigen Erwerbstätigkeitsdauer in den Ruhestand!

Der Horizont kann also nicht die Verlängerung der Arbeitszeit sein, sondern im Gegenteil deren Verkürzung, die Frauen den Zugang zu einer Vollzeitstelle erleichtern und Männern mehr Zeit geben würde, sich um ihre Kinder und ihre Familie zu kümmern. Die letzte große feministische Reform des Arbeitsrechts war die 35-Stunden-Woche - auch wenn sich die häusliche Arbeitsteilung dadurch nicht wesentlich verbessert hat.

Dazu bedarf es gesellschaftlicher Reformen und einer Vergesellschaftung dieser Aufgaben. In der CGT setzen wir uns dafür ein, mit der 32-Stunden-Woche einen Schritt weiter zu gehen. Darüber hinaus müssten die Mindestrenten angehoben werden. Derzeit erhalten 37 Prozent der Rentnerinnen und 15 Prozent der Rentner weniger als 900 Euro Nettorente.

Anfang Januar ergab eine Ifop-Umfrage für Politis, dass Frauen weitaus häufiger (um 14 Punkte) als

Männer eine Rückkehr zum Rentenalter 60 befürworten. Wie erklären Sie sich das?

Das überrascht mich überhaupt nicht, denn Frauen sind ab 55 Jahren sehr herausgefordert, sich um pflegebedürftige ältere Menschen und Enkelkinder zu kümmern. Man muss aufhören zu sagen, dass Rentner Kosten für unsere Gesellschaft verursachen. 40 % der Kinder unter drei Jahren werden nicht von der Kinderbetreuung betreut: weder von einer Kindertagesstätte noch von einer Tagesmutter. Diese Kinder werden sehr oft von den Großmüttern betreut. Das wird sich wahrscheinlich auch beim Streik am Donnerstag zeigen: Da viele Schulen geschlossen sein werden, müssen die Großeltern arbeiten.

In der Umfrage wurde auch festgestellt, dass Frauen viel entschlossener als Männer sind, sich gegen diese Reform zu mobilisieren. Kann man mit einer eher weiblichen sozialen Bewegung rechnen, wenn auch die Vertreter dieser Art der Mobilisierung immer noch eher männlich sind?

1995 interagierte die Bewegung gegen den Juppé-Plan mit der sehr starken Mobilisierung am 25. November 1995 für den Tag gegen sexistische und sexuelle Gewalt. Im Jahr 2010 war es das erste Mal, dass feministische Argumente im Rahmen einer Mobilisierung gegen die Renten so offen zutage traten. 2019, gegen die Reform von Édouard Philippe, geht man einen Schritt weiter mit den Rosies und der Demonstration am 8. März 2020, der letzte Aktionstag, bevor die Regierung ihre Reform aufgibt. Es ist deutlich zu erkennen, dass diese feministischen Belange in den sozialen Bewegungen immer mehr integriert, sichtbar und aufgegriffen werden.

Die Tatsache, dass Frauen gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sind, ist nicht neu. Die Frage ist also nicht, ob sie präsent sind, sondern ob sie innerhalb der Mobilisierung sichtbar sind. Die am stärksten organisierten Bereiche mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad sind größtenteils männerdominierte Bereiche. Umgekehrt wirkt sich

die Tatsache, dass 30 % der Frauen Teilzeit arbeiten, auch auf ihre Mobilisierungsmöglichkeiten aus.

Eine zweite Schwierigkeit besteht in einer einschränkenden Sicht auf den Streik - die meiner Meinung nach falsch ist, da sie eine Form des Stellvertreterstreiks nährt -, der nur dann wirksam sein würde, wenn er das Produktionssystem blockiert. Da sich die Frauen eher auf den Dienstleistungssektor konzentrieren, werden sie die Auswirkungen ihres Streiks manchmal minimieren wollen.

Ein letzter Punkt erschwert ihre Mobilisierung. Da Frauenberufe einen sehr starken sozialen Zweck erfüllen, ist eine Art von Schuldgefühlen zu beobachten, wenn sie streiken. Und das ist real! Wenn man einen Tag lang nicht arbeitet, wer kümmert sich dann um die Menschen, für die man verantwortlich ist? Eine Produktionslinie anzuhalten, bringt niemanden um. Die Betreuung von Kindern, Menschen in sozialen Schwierigkeiten oder älteren Menschen einzustellen, kann schwerwiegende Folgen haben. Es gibt also eine sehr starke Bremse aufgrund der Bedeutung ihres Berufs und ihrer Aufgabe.

Nach dem Treffen der Gewerkschaften zur Ankündigung des ersten Mobilisierungstages waren auf dem Foto, der verschiedenen Gewerkschaftsvertreter fast ausschließlich Männer zu sehen. Ist das nicht problematisch für die Sichtbarkeit von Frauen in sozialen Kämpfen?

Man darf die Bedeutung der Identifikation nicht herunterspielen. Deshalb ist die inklusive Schrift keine Spielerei, deshalb ist die Präsenz von Frauen unter den Führungspersonen der ersten Gewerkschaftsorganisationen nicht nur eine Frage des Images. Wenn man, wie die CGT, eine Klassen- und Massengewerkschaft sein will, die den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital organisiert, muss man in der Lage sein, Frauen und Männer gleichermaßen zu organisieren, und ihnen daher den vollen Platz in der Organisation einräumen. Die Geschlechterfrage ist zentral, sonst werden die Frauen - die Hälfte der Bevölkerung - die Vergessenen bleiben.

Weitere Dokumente: aktuelle Artikel in deutscher Sprache / frühere Veröffentlichungen in „Sand im Getriebe“

Dossier bei Labournet:

<https://www.labournet.de/internationales/frankreich/gewerkschaften-frankreich/frankreichs-praesident-macron-will-rentenreform-jetzt-aber-doch-durchboxen-gewerkschaften-kuendigen-widerstand-an/>

Junge Welt

<https://www.jungewelt.de/artikel/443120.arbeitskampf-die-stra%C3%9Fe-antwortet.html>

<https://www.jungewelt.de/artikel/443221.sozialabbau-in-frankreich-macron-bleibt-stur.html?sstr=frankreich>

Neues Deutschland

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1170297.renten-in-frankreich-heisses-eisen.html>

TAZ

<https://taz.de/Rentenreform-Protest-in-Frankreich>

mehrere Artikel in „Sand im Getriebe“ Nr. 135

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/sig_135.pdf